

# Wohnen im Quartier.. Selbstständig, aber nicht allein!

Impulsreferat

BAGSO-Jahrestagung 2016 in Bonn (14./15. 11. 2016)

„Wie wollen wir morgen leben und was können wir dafür tun?“ Sorge und Mitverantwortung in der Kommune

- Es besteht Konsens in der Frage, dass der demographische Wandel die grundgesetzlich verankerte Herstellung gleicher Lebensverhältnisse nicht nur in Frage stellt, sondern eigendynamische Kräfte freisetzt, die in Richtung einer stärkeren **Verschiedenartigkeit** von Regionen zielen.
- Metropolregionen werden in den nächsten Jahren an Bevölkerung wachsen (am stärksten im Süden). Alle Kreis im Osten werden deutliche Bevölkerungseinbußen erfahren (am stärksten sind die Rückgänge von über 20% im Südharz und im Elbe-Elster-Kreis, aber auch in westlichen Bundesländern gibt es Regionen mit Bevölkerungsverlusten von 15 bis 20 %).
- Die Ungleichgewichte sind gewachsen und es wird schwerer, die öffentlichen Infrastrukturen durch die Abwanderung insbesondere in strukturschwachen ländlichen Räumen aufrechtzuerhalten. Dies betrifft immer stärker sozial marginalisierte Gruppen, zu denen zunehmend auch ältere Menschen zählen.
- Deshalb wird im neuen Altenbericht auf die **sozialen Ungleichheiten** explizit eingegangen.

- In öffentlichen Diskursen rückt die sozialräumliche Dimension (**Quartiere**) wieder verstärkt in den Mittelpunkt. Es liegen vielfältige Quartiersdefinitionen vor. Klar ist: Quartiere sind **mehr** als administrative Gebietsabgrenzungen, sind sozial konstruiert und überschaubar. Gerade weil der Quartiersbegriff zumeist im politischen Kontext verwandt wird, ist zu **Pragmatismus** zu raten und eine flexible Anwendung zu empfehlen.
- Vor allem die Kommunen sind hier im Rahmen der Daseinsvorsorge gefordert, allerdings können die erforderlichen Sorgestrukturen nicht nur von staatlicher Seite aus aufgebaut werden, sondern **Daseinsvorsorge** und **Subsidiarität** (ein „erneuerter“ Wohlfahrtsmix) gehören zusammen.
- Kommunen haben zwar einen **Gestaltungsauftrag**, allerdings können viele Kommunen diesen Auftrag durch finanzielle Engpässe kaum noch realisieren. Die **Steuerungsressourcen** sind zunehmend regional ungleich verteilt, so dass der Bund und die Länder mit in der Verpflichtung stehen.

- Um den Wunsch der meisten älteren Menschen, so lange wie möglich **selbständig in ihren eigenen vier Wänden** zu bleiben, realisieren zu können, müssen in den nächsten Jahren Hunderttausende an Wohnungen altersgerecht modernisiert werden. Hierfür müssen die Förderprogramme weiter ausgebaut werden.
- Trotz der Präferenz für ambulante Pflege ist die **stationäre Pflege** weiterhin notwendig, muss sich aber den neuen sozialstrukturellen Bedingungen anpassen. D.h. die Fokussierung auf Wohnquartiere erfordert kleinteilige, wohnortnahe Versorgung und insbesondere ein **Pflegemix**. Gefordert sind **Kombinationen** aus Wohnungen mit Betreuungsservice, Pflegeheim und ggf. einem Demenzzentrum.
- Integrierten wohnortnahen Versorgungskonzepten mit Infrastrukturanangeboten (von Arztpraxen bis hin zum Supermarkt) gehört die Zukunft – wenigstens in städtischen Regionen. Aber auch in den Dörfern sind adäquate Sorgestrukturen aufzubauen bzw. abzusichern.

- Neben der Funktion des Quartiers als Ort des Wohnens, nimmt die Funktion des Quartiers als Ort des sozialen Austauschs und der Teilhabe an gesellschaftlichen Institutionen (wie Vereinen) eine große Bedeutung ein – insb. wenn die Mobilität gesundheitsbedingt eingeschränkt ist.
- Im sozialräumlichen Kontext sollte es **Anlauf- und Begegnungsmöglichkeiten** („Gelegenheitsstrukturen“) geben. Sie sind als One-Stop-Angebote zu gestalten und müssen räumlich gut erreichbar sein. Ähnlich dem Programm Soziale Stadt müssen Ressourcen ressortübergreifend verfügbar gemacht werden.
- Insbesondere in solchen Quartieren, in denen die Sozialeinbindung schrumpft – z.B. durch eine hohe Bewohnerfluktuation oder durch den Generationenwechsel in Eigenheimquartieren – ist die Funktionsfähigkeit des Quartiers als sozialer Teilhabeort **gefährdet**. Möglichkeiten des Mitgestaltens sind deshalb zu fördern und neu zu schaffen.

- Wenn die sozialräumliche Dimension an Bedeutung gewinnt, ist auch auf kommunaler Ebene eine **ressortübergreifende** Querschnittspolitik gefragt.
- Hier sind die traditionellen Sozialorganisationen aufgefordert, nicht nur ihre Organisationsinteressen zu verfolgen, sondern der in Deutschland ausgeprägten Gefahr des „**Silodenkens**“ ist aktiv zu begegnen, um sowohl Doppelstrukturen zu vermeiden als auch neue strategische Allianzen mit Akteuren aus anderen Handlungsfeldern aufzubauen.
- Benötigt wird ein **Schnittstellenmanagement**, in dem die Kommune mit den zentralen Organisationen eine wichtige Moderationsfunktion übernimmt.
- In allen Quartieren, vor allem in strukturell benachteiligten Quartieren, werden zudem „**Schlüsselfiguren**“ gesucht, die das Leben vor Ort kennen, geschätzt werden und sich schon länger sozial engagieren. Sie können Aktivitäten anregen und gemeinsame Projekte aufbauen.

- Ohne quartiersnahe Versorgungskonzepte und einen Welfare-Mix wären hilfs- und pflegebedürftige Ältere oft alternativlos auf eine Heimunterbringung verwiesen. Einen frühzeitigen Umzug in eine stationäre Einrichtung lehnt jedoch die große Mehrheit der Älteren nach verschiedenen Umfragen ab.
- In lokalen, wohnquartiersbezogenen Projekten kann man den **Verbleib in der eigenen Wohnung** in vielen Fällen aber nur ermöglichen, wenn sowohl technische Assistenz als auch soziale Betreuung (professionelle wie bürgerschaftliche Hilfen) eingesetzt werden.
- Innovative Versorgungskonzepte entstehen immer stärker an den Schnittstellen verschiedener Kompetenzfelder (etwa durch die Verknüpfung von Wohnen und Gesundheit unter Einbezug der Medizintechnik/Telemedizin) – brauchen aber auch neue Finanzierungsstrukturen. Hier kommt es auf eine **intelligente Vernetzung** von bisher noch nicht kombiniertem Wissen und verschiedenen Akteuren an.

- Generell gilt es, das soziale Engagement der Bewohnerschaft zu pflegen und durch „Empowerment“ zu stärken. Wenn mehr und mehr Verantwortung für eine altengerechte Wohn- und Pflegeinfrastruktur direkt im Quartier verankert wird, werden auch Selbstorganisationskräfte geweckt.
- Viele Engagementformen sind jedoch noch zu sehr auf einzelne Organisationen fixiert; **Engagement im Quartier** wird aber an Bedeutung gewinnen – wahrscheinlich jedoch immer weniger in den traditionellen Strukturen.
- „Mitalternde“ Wohnungen und eine gute soziale Anbindung im Wohnquartier sind die Voraussetzungen, um das **selbstbestimmte Wohnen** im Alter zu realisieren. Dazu gehört auch ein entsprechender Einsatz altersgerechter Assistenzsysteme mit Unterstützungskomponenten (Sensorik zur Lokalisierung, Assistenz in Gefahrensituationen, Telemedizin etc) haben sich in Projekten ausgebreitet, sind aber **nicht** in der Regelversorgung.



- Für die Entwicklung lokaler Strukturen der Sorge und Mitverantwortung spielen **soziale Beziehungen** eine zentrale Rolle. Neben der Unterstützung und Pflege innerhalb von Familien wird die gegenseitige Hilfe und Unterstützung in Nachbarschaften als ein Baustein eines neu und ganzheitlich gestalteten Pflegewesens gesehen.
- Hinsichtlich informeller nachbarschaftlicher Beziehungen ist es eine wichtige Aufgabe der Kommunen, den öffentlichen Raum in den Quartieren so zu gestalten, dass Begegnungen und Kontakte zwischen den Menschen erleichtert werden. Dazu gehört auch, eine kleinräumig verteilte Infrastruktur für Versorgung und Freizeit sicherzustellen, denn eine solche Infrastruktur schafft Orte der Kommunikation. Informelle soziale Netzwerke sollten jedoch **nicht** als „die“ Lösung gepriesen werden, benötigt wird ein pluraler „Wohlfahrts-Mix“!

- Bund, Länder und Kommunen sollen die Voraussetzungen dafür verbessern, dass alte Menschen möglichst **lange selbständig zu Hause** leben können, selbst im Falle gesundheitlicher Einschränkungen. Dies ist der dominante Wunsch der Älteren in Deutschland.
- Die lokale Politik soll darauf hinwirken, **soziale Netzwerke** („sorgende Gemeinschaften“) zu fördern, in denen Familienangehörige und bürgerschaftlich Engagierte, unterstützt durch professionelle Dienste, Verantwortung für alte Menschen übernehmen. Kommunen müssen dafür mit den notwendigen **Kompetenzen** und **Ressourcen** ausgestattet werden.
- Der sozialräumlichen **Polarisierung** von Wohnstandorten durch sich stark ändernde Einkommensstrukturen einerseits und steigenden Mietpreisen andererseits soll durch geeignete Instrumente der **Wohnungspolitik** entgegen gewirkt werden. Benötigt wird eine verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsneubaus, Erwerb von Belegungsbindungen im Bestand, Förderung genossenschaftlicher Wohnformen etc.

# Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

## Kontakt:

Prof. Dr. Rolf G. Heinze  
Ruhr-Universität Bochum/InWIS



0234/32-22981



Rolf.Heinze@rub.de

<http://www.sowi.rub.de/heinze>